

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Rieser Verlag, Riesa, Nr. 20.

Verlag: Rieser Verlag, Riesa, Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Oröba.

Nr. 150.

Donnerstag, 3. Juli 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Posthalter vierteljährlich 4,50 Mark, monatlich 1,50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 7 mm hohe Grundstichzettel (7 Silben) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; getraubender und tabellarischer Satz 50 Pf., Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Gemäßigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Pflanzung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Köhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Verteilung von ausländischem Fett.

1. Auf Abschnitt 1 der Braunen Einfuhrzolltarife für ausländisches Fett werden 50 Gramm ausländisches Rindfleischfett verteilt.
2. Der Verkauf erfolgt in den Kleinhandelsgeschäften, bei denen die Karten zur Belieferung angemeldet sind, am Sonnabend, den 5. d. Mts., für 1 Pfund 5,50 M.
3. Der Preis beträgt für 50 Gramm 5,50 M., für 1 Pfund 5,50 M.
4. Die belieferten Abschnitte 1 sind zu 100 Stück gebündelt am 7. Mts. an die Amtshauptmannschaft, Lebensmittelstelle, einzuliefern. Die Pakete sind mit folgender Aufschrift zu versehen:
Firma oder Name des Geschäftsinhabers.
Inliegend: ... Stück Abschnitte der Einfuhrzolltarife für ausländisches Fett.
Großenhain, am 2. Juli 1919.
Der Kommunalverband.

- Unter den Pferden von
1. O. Raumann und G. Gutmann in Nichtensee,
 2. O. Burath in Riesa,
 3. C. Münch in Nidritz.

4. S. Schmarze in Wehra,
5. H. Röhse in Streunau,
6. E. Gehler in Weida und
7. C. Gidler in Wülfnitz
ist die Klage bezinstetätlich festgesetzt worden.
Die Klage unter den Pferden von G. Gehrre in Nidritz ist erledigt.
Großenhain, am 1. Juli 1919.
1866 a. E. Die Amtshauptmannschaft.

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Löffelmachers Otto Camillo Schumann in Riesa wird berichtet, daß nicht M. 3289,62, sondern nur M. 2095,42 verfallbar sind.
Weida, am 3. Juli 1919. Der Gemeindevorstand.

Die Ausgabe der Einfuhrzolltarife für Auslandsfleisch und Auslandsfett erfolgt Freitag, den 4. d. Mts. von 5-7 Uhr nachm. bei den Ausgabestellen.
Weida, am 3. Juli 1919. Der Gemeindevorstand.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Kommunikationsweg von Grödel nach Nidritz-Langenberg wegen Ausbrüchen von Mäusen vom 3. bis 7. Juli dieses Jahres für den Fahrverkehr gesperrt und dieser inzwischen auf den Kommunikationsweg Grödel-Nidritz — oberer Teil — verwieken.
Das unbefugte Befahren des gesperrten Weges wird nach § 366^b des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft.
Grödel, am 2. Juli 1919. Der Ortsvorsteher.

Deriliches und Sächsisches.

Riesa den 3. Juli 1919.

→ Trauergottesdienste wegen der Annahme der Karten und entweichenden Friedensbedingungen finden nächsten Sonntag in allen Kirchen Sachsens statt zufolge Verordnung des Landeskonsistoriums. Anschließend erfolgt Trauergeläut von der einen oder mehreren liebenden Gläubigen.

Der Chorverein Riesa darf mit dem idealen Erfolg seines Konzertes im Rieser Dom sehr zufrieden sein. Das „Rieser Tageblatt“ bringt eine Besprechung des Konzertes aus der Feder seines H. L. Kritikers, worin dem musikalischen Führer des Vereins, Herrn Iwan Schönebaum, für die Art, mit der er seine Aufgabe erfüllt, Worte hoher Anerkennung geschildert werden und über die Darbietungen des Vereins wie folgt geurteilt wird: „Die Darbietungen, von Wohlklang und Weichheit getragen, waren alles Lobes wert; besonders verdienen die Reinheit der Intonation und das strenge Festhalten der Tonart hervorgehoben zu werden. Am schönsten und stimmungsvollsten klangen die beiden am Anfang lebenden Mendelssohnschen Veder: „Morgenstern“ und „Frühlingsfeier“. Schon diese beiden Chöre allein machten das Konzert zu einer wirklichen Erbauungsstunde, zu einem seelischen Aufschwung in unserer trüben Zeit. Wenn so fortgearbeitet wird und wenn der tüchtige Chorleiter für sein erstes Ziel auf ein ebenso ernsthaftes wie dankbares Entgegenkommen seitens der Sänger rechnen darf, steht zu erwarten, daß der „Rieser Chorverein“ in nicht zu ferner Zeit eine bevorzugte Stellung unter unsern gemischten Chören einnimmt. Das polyphon gehaltene Tonstück wie Schumanns: „Schütter Tod“ unter der „Hörerkunst“ des Chammes leihen mußten, konnte der Kenner des Domes voraussagen. Auf eine feingefühlte dynamische Ausgestaltung der Gesänge wird man in Zukunft noch weiterhin sein Augenmerk zu richten haben, besonders auch auf ein zart abgedämpftes Pianissimo, wie es z. B. Jensen's: „Das sterbende Kind“ am Schluß verlangt.“ — Der Umstand, daß Weissen auf dem Gebiete der Musik, wie der Kunst überhaupt, ein heißer Boden ist, gibt auch den Solisten, den Herren Frau Bachmann (Sänger), Karl Kaus (Violine) und Erich Seidel (Orgel) das Recht, mit der ihnen zuteil gewordenen Beurteilung recht zufrieden zu sein. Sie ernten Worte der Anerkennung, wenn sie auch nach der Kritik nicht ganz den günstigen Eindruck wie die Chöre zu hinterlassen vermochten.

→ Theater im Hotel Söppner. Durch Mitglieder des Dresdner Alberttheaters und der Volksbühne gelangten gestern die vier Grotesken „Nachtbeleuchtung“, „Lobengrün“, „Lobby“ und „Minna Magdalena“ von Kurt Gäß zur Aufführung. Das Ensemble wird hoffentlich nicht beanstandet, daß wir ihm für die Vermittlung dieser literarisch recht zweifelhaften Bekanntheit dankbar sind. Kommt man sich bei den ersten zwei Akten allenfalls gut, bei dem dritten sogar sehr gut unterhalten, so wirkt der vierte banal und fordert, trotz der am Schluß veraposteten „Moral von der Geschichte“, direkt zum Widerspruch heraus. „Nur noch gelangt werden selbst auf die Gefahr hin, nicht zu den jetzt „Aufgeklärten“ gerechnet zu werden. Gespielt wurde unter der Leitung von Max Reig wieder ganz vortrefflich. Während die beiden ersten Akte, die auf Bühnenwirkung ausgehen sind, die bei kleinen Bühnen nicht voll zur Geltung kommen kann, nur mäßigen Beifall fanden, rührten sich die Hände besonders nach dem dritten Akt, sowie nach dem letzten lebhafter.

→ Sächsischer Militärvereinsbund. Zur 46. Bundesversammlung von Sachsens Militärvereinsbund treffen am nächsten Sonntag Abordnungen aus allen Teilen Sachsens in Dresden ein. Die Aufgaben und Wahlen des Bundes werden durch den Präsidenten, Generaloberst v. D. v. Elsa, beauftragt werden.

→ Wie das Fleisch teuer wird. Ein Bäuerlein erzählt, daß ihm ein selbsterbehrer für seinen großen Jungen 8000 M. geboten, mit der Bedingung, selbigen am Abend an den Kreisweg zu bringen, dort sollte er auf einen Möbelwagen verladen werden. Das Geld nach wohl den Bauer in die Augen, aber die Hand zu solchem Schleichhandel zu bieten, verbot ihm seine Ehrlichkeit.

→ Einrichtung einer Post- und Telegraphenblitzstelle in Nichtensee bei Wülfnitz. Die am 1. August 1917 nach 28-jährigem Bestehen aufgehobene Post- und Telegraphenblitzstelle in Nichtensee bei Wülfnitz ist am 1. Juli wieder eingerichtet worden. Als Inhaber der Blitzstelle ist der Bäckermüller Herr Köhlich angenommen.

→ Keine abermalige Erhöhung der Eisenbahnfahrtpreise. Der Stammschub A der sächsischen

Volkskammer hatte in seiner Verleüterhaltung über die Verhandlungen zum Einheitspreis Eisenbahnen betont, daß nur eine durchgreifende Tarifserhöhung den für das Dauerhaltungsjahr erforderlichen Aufschuß von nahezu 116 Millionen Mark aufbringen könne. Die Regierung war aber für einen solchen Plan nicht zu gewinnen und steht heute noch, wie unserm Vertreter vor zehnjähriger Stelle im Finanzministerium verbleibt wird, auf dem gleichen Standpunkte; sie denkt zurzeit nicht an eine erneute Erhöhung der Fahrpreise und hat beim Reich noch keine diesbezügliche Anregung gegeben. Man glaubt, erst die Entwicklung der letzten Erhöhung vom 1. April dieses Jahres abwarten zu müssen und erhofft ferner von der Besserung des Güterverkehrs, bei dem der Tarif 97 Prozent höher ist als im Frieden, einen Ausgleich. Wenn diese Hoffnungen bis jetzt auch enttäuscht haben, so kann sich doch die Regierung der Ansicht nicht verschließen, daß durch den Güterverkehr, wenn nunmehr nach Aufhebung der Blockade die Einfuhr wieder aufgenommen wird, die erforderliche Zuschußsumme aufgebracht werden kann. Voraussetzung jedoch dafür ist, daß uns auch das dazu bedingte Wagen- und Lokomotivmaterial und vor allem die dazu nötigen Kohlenmengen zur Verfügung stehen.

→ Regelung der Beamten- und Lehrergehälter bezw. Feuerungszulagen. Wie aus Dresden verlautet, beschloß sich in der gestrigen Sitzung der Finanzausschuß A mit den eingegangenen Anträgen Währung u. Gen., Schulge u. Gen. und Klaus u. Gen., wegen der Regelung der Beamten- und Lehrergehälter bezw. Feuerungszulagen, sowie mit den dazu gehörigen Beamten- und Lehrer-Petitionen. Von dem anwesenden Regierungsvertreter wurde die Erklärung abgegeben, daß die Vorarbeiten für eine Beamten- und Lehrerbeförderungsreform bereits im Gange seien und unter Hinzuziehung von Beamtenvertretern weitergeführt werden sollen, sobald die Grundzüge in der Herbsttagung der Volkskammer bereits vorgelegt werden könnten. Die Einreichungsforderung des Sächsischen Lehrervereins in die staatliche Besoldungs-Ordnung wurde angenommen. Die Anträge auf Uebernahme der Schulstellen seitens des Staates wurden von der Regierung als zur Zeit nicht durchführbar bezichtigt, dagegen wurde an die Regierung der Antrag gestellt, eine weitergehende Entlastung der Schulgemeinden von den Feuerungszulagen für Lehrer vorzunehmen. Ein weiterer Antrag auf die Regierung fordert eine Erhöhung der Feuerungsbezüge der Rufschänder und deren Hinterbliebenen.

→ Aus dem Gesetzgebungsausschuß. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Volkskammer wurde in Anwesenheit des Kultusministers Buch und anderer Regierungsvertreter die Beratung über den Entwurf des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen fortgesetzt. Der in der Vorlage angeführte Vorschlag über den Religionsunterricht wurde gestrichen und dafür, dem Antrag Müller-Schleich (Unabh.) gemäß, folgender Text gefügt: „Religionsunterricht wird in der allgemeinen Volksschule nicht mehr erteilt.“ Dieser Antrag ist mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen worden. — Nach längerer Debatte hat man dem Unterricht in den Gewerbeschulen besondere Berücksichtigung gewährt und beschlossen, daß der Besuch einer Gewerbeschule auch mit nur 6 Stunden wöchentlichen Unterricht vom Besuche der allgemeinen Volksschule entbinden soll. Hinsichtlich der Frage, ob Privatschulen weiterhin bestehen dürfen, wurde die Bestimmung der Regierungsvorlage, wonach neue Privatschulen in der Regel nicht zugelassen seien, aufrecht erhalten.

→ Höchstpreise für gewisse Gemüße, keine Höchstpreise für Gemüse und Obst. Die Nachrichtenstelle der Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit: Berliner, Hamburger und andere großstädtische Blätter berichten seit einiger Zeit über Höchstpreise, die örtlich oder bezirksweise von den amtlichen Stellen für einzelne Gemüßarten festgelegt sind. Nicht selten werden diese Höchstpreisfestsetzungen so ausgedeutet, als habe sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst nachträglich zu einer Aenderung ihres noch im Frühjahr den Höchstpreisfestsetzungen gegenüber ablehnenden Standpunktes veranlaßt gesehen. Hiemit wird sogar ange deutet, die Höchstpreisfestsetzungen seien jetzt ohne Zutun der Reichsstelle oder gar entgegen deren Willen erfolgt. Beides ist falsch: Zunächst beruhen die örtlich und bezirksweise getroffenen Preisfestsetzungen ausschließlich auf Anordnungen der Reichsstelle. Diese halte ferner nur — wie auch der Öffentlichkeit wiederholt mitgeteilt worden ist — für solche Gemüßarten, die im Gegenstand von Lieferungsverträgen zwischen Gemeinden und Anbauern bilden können, und zwar für Erbsen, Bohnen, Sojabohnen, Zwiebeln, Kohl und Mören. Höchstpreise be-

schlossen. Denn ohne solche wäre der Abschluß und die Erfüllung von Lieferungsverträgen der wichtigsten Grundlage beraubt. Für andere Gemüßarten, als für diejenigen, über die Lieferungsverträge abgeschlossen werden können, sind Höchstpreise weder festgesetzt, noch in Aussicht genommen. Das Frühljahr hat die Reichsstelle, dem seit dem Vorjahr nahezu allgemein gedauerten bringenden Wunsch nach Wiedereinführung des freien Handels in seine alten Machtbefugnisse nachgehend, in diesem Jahre von allen einschränkenden Bestimmungen freigelassen. Trotz der Unzulänglichkeiten, die auf sächsischen Frühljahrsmärkten in den letzten Tagen hervorgetreten sind, hat, wie wir zuverlässig hören, die Reichsstelle im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsministerium bis jetzt ihren Standpunkt nicht geändert, im Vertrauen darauf, daß es der Selbsttätigkeit des Handels gelingen wird, die Preisentwicklung schleunigst in gesunde Bahnen zu lenken.

→ Eine neue Reichsflagge als Symbol deutscher Einheit und deutscher Aufrichtigkeit nach tiefstem Fall. In der Sächsischen Staatszeitung macht Justizminister Dr. jur. Darnisch einen neuen Vorschlag für eine Reichsflagge für den neuen Freistaat Deutsches Reich, der allen Anforderungen geschichtlicher Erinnerungen und politischer Gestaltung und zugleich der Rücksicht auf Schönheit entspricht, nämlich Schwarz-Weiß-Rot-Weiß-Gold. Justizminister Darnisch bemerkt zu seinem Vorschlag: Das von den Demokraten gewünschte Schwarz-Rot-Gold wäre durch zwei weiße Streifen unterbrochen, die der Flagge ein farbenreiches Aussehen verleihen und durch die gewöhnlichen Farben an den markantesten Stellen liegen. Das Schwarz-Rot-Gold würde die Erinnerung an das frühere Deutsche Reich symbolisieren. Das Rot in der Mitte würde den Beziehungen gerecht, die das Blutrot als Freiheitsymbol überrogen lassen wollen. Endlich aber würde erreicht sein, daß auch die fernere gesamte deutsche Vergangenheit aus den Farben der neuen Flagge herüberwinkte: das Rot-Weiß erinnert an die glorreiche Zeit der deutschen Hanse, das Schwarz-Weiß an die führende Rolle Preußens im ersten Deutschen Reich, das Rot-Weiß hinweist auf Oesterreich, dem in dieser schweren Zeit gleicher Rot das neue Deutsche Reich die Hand zur ewigen Gemeinschaft deutscher Völker reicht, um mit vereinter Kraft den Weg zu neuen Kulturhöhen in der erstrebten Völkergemeinschaft zu beschreiten. Oesterreichs Landesfarbe ist Rot-Weiß, die der Erbherzogtümer Oesterreichs Rot-Weiß und die gleichen Farben Rot-Weiß oder Rot-Weiß führen einige der deutschen Länder Oesterreichs, so Salzburg, Kärnten und Tirol. — Nach alledem würden die Farben Schwarz-Weiß-Rot-Weiß-Gold sicher eine glückliche, symbolische bedeutungsvolle, historisch gerechtfertigte und ästhetisch befriedigende Lösung der Streitfrage darstellen. Für dieses Symbol in schwerster deutscher Schicksalsstunde zu begeistern als für ein Symbol neuer deutscher Einheit und künftiger deutscher Größe nach tiefstem Fall, das ist der Zweck dieses Vorschlags!

→ Das Fortbildungsschulwesen. Der Verband sächsischer Gewerbeschulmänner, der Sächsische Handwerkschulmänner-Verband, der Verband der Textilschulmänner und der Verband der Sächsischen Landwirtschaftslehrer hat an die Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses ein Schreiben gerichtet, welches die Bitte enthält, die vorläufige Ordnung des Fortbildungsschulwesens in das Uebergangsgesetz für das Volksschulwesen nicht einzubeziehen. Die Verbände nahmen darin Bezug auf die vom Abgeordneten Arzt seinerzeit abgegebene Erklärung, daß die mit dem Fortbildungsschulwesen zusammenhängenden Fragen in dem Uebergangsgesetz wegen ihrer Komplexität nicht behandelt werden sollten. Trotzdem sei in dem Entwurf für das Uebergangsgesetz eine ganze Reihe von Bestimmungen aufgenommen worden, die die sogenannte „Vereinheitlichung“ des Fortbildungsschulwesens zur Voraussetzung haben oder bedingen, so vor allem die Aenderung der bisher bestehenden Bestimmungen über die Befreiung der Fortbildungsschule und die Aufhebung der Unterrichtssteuer auf 12 Stunden. Beide Bestimmungen müßten im Zusammenhang mit der Festlegung der Schulgeldfreiheit zu den schwersten Nachteilen für den dem Wirtschaftsministerium unterstehenden Teil der Fortbildungsschulen, der beruflich ausgebildeten Handels- und Gewerbeschulen, führen. Die Annahme des Entwurfs in der vorliegenden Fassung würde nach Ansicht der unterzeichneten Verbände das Schicksal der gewerblichen Schulen besiegeln. Da es unmöglich sei, die Fortbildungsschulen in kurzer Zeit soweit zu entwickeln, daß sie den kommenden schwierigen Aufgaben des industriellen und gewerblichen Lebens genügen, so muß ein außerordentlicher Ma-

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Die ... in ...

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zum Fall Hoffmann, vom Kriegsministerium wird mitgeteilt: Die dem General Hoffmann zugeordnete ...

Der Gewerkschaftsstreit in Nürnberg. Laut einer ...

Der Streit über die Reichsbahnwahl. Der Unterhandlung ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 3. Juli 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter. (Berlin.) Laut ...

Die dem 'Totaltauglicher' aus Genf berichtet wird, läßt ...

Im Weltartikel schreibt der 'Herald' u. a.: Deutschland ...

Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' berichtet nach der ...

Der Vorfall in London. Laut dem 'Herald' ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Die Verhandlungen mit Japan. Weiter wird aus Paris ...

Short.

Zurückkehr.

Wie schnell wird der Krieg liegen? Bei dem vierten ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Die Verteilung deutscher Kriegsgefangener. Der interalliierte ...

Bermischtes.

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

Neue russische Briefmarken. Im Postamt ...

...
 ...
 ...
 ...
 ...

Vereinsnachrichten

...
 ...
 ...

Kriegsbeschädigten Deutschlands

...
 ...
 ...

Allgem. Hausbesitzerverein Gröba.

...
 ...
 ...

Geschäfts-Übernahme.

...
 ...
 ...

Nikol. Gutmann

...
 ...
 ...

Paul Schrapel

...
 ...
 ...

Albert Meinhorn

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Friedrich Karl Schüller

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Alma Philipp

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Dank.

...
 ...
 ...

Infolge großer Steigerung der Gasabgaben werden ab heute folgende Preiserhöhungen...

**1/2 Ltr.-Flaschen Limonaden 5 Pfg.,
 1/2 Ltr.-Flaschen Selter 3 Pfg.**

Verein Getränke-Industrie Nordmittelsachsen E. V. Riesa
 Bierbrauerei A.-G., Riesa. Mineralwasserfabrik Elbe, Riesa.
 Rich. Haase, Gröba. Carl Müller, Gröba.
 Riebeck & Co., Leipzig, Niederlage Riesa.

Metropol-Lichtspiele

...
 ...
 ...

Konditorei und Café Wolf.

Künstlerkonzert im Garten.

Paul Schrapel

...
 ...
 ...

Achtung! Schlachtopferde!
 ...
 ...

Bezirks-Konsum- u. Sparverein „Volkswohl“ in Riesa.

...
 ...
 ...

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Die Waffen nieder.

...
 ...
 ...

Statt Karten.
 Die Verlobung ihrer Kinder
Olga und Hugo
 beschreiben sich hierdurch ergebenst
 anzuseigen
Gustav Gähne und Frau
Hermann Kretschmar
 und Frau
 Unter-Reußen b. Stöckel
 Mehlthauer b. Pramsitz
Olga Gähne
Hugo Kretschmar
 grüßen als Verlobte.
 Unter-Reußen Mehlthauer
 im Juli 1919.

Murt Dombols

...
 ...
 ...

Neue Fahrräder

...
 ...
 ...

Franz u. Emil Müller

...
 ...
 ...

Blum & Gaertner, Gröba-Elbe

...
 ...
 ...

Unter-Nähmaschinen

...
 ...
 ...

Kaffee

...
 ...
 ...

Tee

...
 ...
 ...

Kakao

...
 ...
 ...

Schokolade

...
 ...
 ...

Otto Schmidt

...
 ...
 ...

Gasthof Mehlthauer.

...
 ...
 ...

Beilage zum „Niefer Tageblatt“.

Verlagsort und Verlag: Sanger & Winterlich, Niefer. Geschäftsstelle: Sangerstraße 20. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sauer, Niefer; für Anzeigen: Wilhelm Winterlich, Niefer.

Nr. 150.

Donnerstag, 3. Juli 1919, abends.

72. Jahrg.

Sterbende Zeit.

Aus Berlin schreibt man uns: In legend einem Zentral- oder Volksgesetz — wer kennt sich da aus? — wurde dieser Tage ein Flugblatt beschlagnahmt, worin die Eisenbahner mit dem Hinweis zum Ausbruch aufgemuntert wurden, daß sie die Hand an der Kurzel der Volkswirtschaft haben. Sie ließen sich das nicht zweimal sagen und kamen mit so kräftiger Hand an, besaßen Kurzel zu wirren, daß der arme Volkswirtschaft sehr bald die Luft ausging und ihr schwarz vor den Augen ward. Kamen sie Berlin, das ja wegen seiner Millionenbevölkerung die Wirkung jeder Blockade am schnellsten und schmerzlichsten spürt, dem den neuen Druck sehr schnell zu spüren: Die Kohlen wurden noch knapper, die Kartoffeln, die Fische blieben aus, Gemüse und Früchte kamen fast gar nicht mehr. — In dieser Lage erließ der Eisenbahnminister einen Erlass, der den Eisenbahner die Entlassung androht, wenn sie nicht bis Donnerstag die Arbeit wieder aufnehmen. Reuegerungen aus ministeriellen Kreisen lassen erkennen, daß man sich optimistischen Hoffnungen über die Wirkung des Erlasses ergibt — mit welchem Recht und Erfolg, muß allerdings erst die nächste Zukunft zeigen. Wer an der Zukunft des deutschen Volkes nicht verzweifeln will, muß allerdings wünschen, daß Verunsicherung und Ueberlegung bald wieder die Oberhand gewinnen über die dunklen Triebe und Umtriebe, die zur Selbstvernichtung führen. Aber in hohen Maße erkennbar und bedenklich bleibt immer die Verhärterei und die Willkürhaftigkeit, mit der weite Kreise des deutschen Volkes diese Entlassung hinnehmen. Schließlich besteht doch das deutsche Volk nicht ausschließlich aus Arbeitern, aus Eisen- und Strahnenbahner. Man ist sich überall der Sinnlosigkeit der übertriebenen Forderungen bewußt, man ist sich darüber im Klaren, daß sie unmöglich erfüllt werden können, man weiß ganz genau, welche schweren Schäden für die Allgemeinheit der Ausbruch der öffentlichen Verkehrsmittel bedeutet, und trotzdem läßt die Öffentlichkeit in einer Art hypochondrischer Willkürhaftigkeit alles über sich ergehen. Man kann sich gar keinen schlimmeren Zusammenbruch der Staatsgewalt vorstellen, als er in den jetzt herrschenden Zuständen zum Ausdruck kommt. Es gibt fast gar keinen Gemeinfinn mehr. Wenn auf der einen Seite rücksichtslos und skrupellos das Eigeninteresse in den Vordergrund gerückt wird, so geschieht auf der anderen Seite nichts, um sich gegen diese Auswüchse eines so hoch berechtigten Egoismus zu wehren. Man hat der Arbeiterschaft so viele Jahrzehnte den Klassenkampf eingeschmuggelt und das Streikrecht als geeignetes und berechtigtes Mittel zur Durchsetzung von Lohnforderungen gepredigt, daß man sich doch nicht wundern kann, wenn die Massen, nachdem sie zur Erkenntnis und zum Gebrauch ihrer organisierten Macht gekommen sind, jetzt die weitestgehende und rücksichtslose Anwendung des probaten Mittels betreiben. Nur wenn die ganze öffentliche Meinung, von der Regierung angefangen bis zur kleinsten Organisation, geschlossen zur Abwehr antritt, wenn sie die weit über sich liegenden Streikämpfer sühnen läßt, daß sie sich dauernd die Sympathie dieser öffentlichen Meinung verschaffen, nur dann könnte auf eine rasche Gesundung und auf Einkehr der irgeleiteten und aufgekehlten Streiker gehofft werden.

Von einer derartigen Organisation der öffentlichen Meinung ist jedoch leider nichts zu merken. Hier und da erscheinen einige mehr oder weniger wohlmeinende platonische Abhandlungen über Streikrecht im alten und neuen Staat. Im übrigen herrscht Apathie. Sie bekundet eine Verzerrung der deutschen Volkseele, die zu schweren Verzerrungen Anlaß gibt. Es ist, als ob sie im Vorn eines Startcramps läge. Nun wird ja die Blockade voraussichtlich bald aufgehoben werden. Der neue Minister des Auswärtigen hat der Entente die Hoffnung übermitteln, schon in der nächsten Woche die Ratifikation des sogenannten Friedensvertrages anzeigen zu können, nur um den würgenden Druck der Blockade loszuwerden. Dann wird voraussichtlich bis zu einem gewissen Grade eine Ueberflutung von Waren einleiten und die Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftskörpers beginnen. Dann wird sich sehr bald zeigen müssen, ob der Startcramp von uns weicht, ob der nationale Organismus wieder gesundet kann, oder ob die Erscheinungen der Gegenwart nicht die Symptome einer tödlichen organischen Erkrankung sind. Die Frage von Tod oder Leben muß sich binnen kurzem entscheiden.

Ende des Eisenbahnstreiks in Berlin?

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt: „Da wir uns der Ansicht keineswegs verschließen, daß der Eisenbahnstreik in diesen Tagen schwere Schädigungen für die Allgemeinheit mit sich bringt, haben wir uns entschlossen, unsere eigenen Interessen vorläufig hinter die der Allgemeinheit zurückzustellen. Wir haben daher unseren Mitgliedern empfohlen, vom Donnerstag ab die Arbeit in vollem Ausmaß wieder aufzunehmen. Die Abstinenz, die in einer ganzen Reihe von Betrieben am Mittwochnachmittag festgenommen hat, ergab eine starke Wehrheit für den Abbruch des Streiks. Die Strafandrohung des Eisenbahnministers spielt hierbei keine Rolle. Wir haben die Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß das Drohen mit bezüglichen Gewaltmitteln nur schädlich wirken kann, ebenso wie der Kostestrich. Wir haben bereits unser Möglichstes getan, um die Lebensmittelversorgung Berlins trotz des Streiks sicherzustellen und einige Eisenbahnmotoren mit Lebensmitteln noch während des Streiks entladen. Wir hoffen, daß die Behörden unserem berechtigten Wunsch nach Aufhebung der Absperrung und Gehälter nachkommen werden.“ Im Zusammenhang hiermit plant die Eisenbahndirektion von Donnerstag an die Wiederaufnahme des Stadt- und Vorortverkehrs. Ob sie gleich in vollem Umfang wieder sich wird durchführen lassen, ist jedoch noch nicht gewiß.

Die Marinebrigade Wörmels und Ehrhardt und Teile der technischen Abteilung des Gardeavallerie-Korps haben sich freiwillig bereit erklärt, den Verkehr der Lebensmittelzüge sicherzustellen.

Von ausländiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß der Kostestrich am Sonntag mit e. e. l. t. wo den und hat am Montag in den Helungen gestanden und auch der Erlass des Ministers Deiter betont diese Aufhebung. Die Behauptung von Gmonit, die wegen seiner bolschewistischen Propagandaatätigkeit erfolgte, wird aufrecht erhalten.

Der Berliner Verkehrstreik.

Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Erklärung bekannt, daß es abgelehnt habe, in den Berliner Verkehrstreik vermittelnd einzugreifen. Es liegt in diesem ein unverantwortlicher Vertragsbruch, da der am 15. Juni abgeschlossene Arbeitsvertrag und Arbeitnehmer abgezeichnete Tarifvertrag bestimmt, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie einem unparteiischen Obmann bestehenden Hauptauschuss übertragen werden soll. Dieser

habe aber am 24. 6. einstimmig entschieden, daß die verlangte einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 700 Mark gegenwärtig nicht bewilligt werden könne, daß es aber angeht, wenn sich die Wirkungen des Friedensschlusses auf dem Lebensmittelmarkt übersehen lasse. Wie richtig der Schiedspruch die Sachlage übrigens beurteilt hat, zeigt die von der Regierung neuerlich zugesagte Senkung der Lebensmittelpreise.

Verhaftungen von Kommunistenführern.

Im Laufe des Dienstags sind in Berlin mehr als 30 Verhaftungen von Kommunistenführern erfolgt. Im ganzen Reich sind gleichfalls zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen worden. Die Verhaftungen sind auf Grund richterlicher Haftbefehle ausgeführt worden.

Trotzender Angehellenstreik in Danzig.

Nachdem die Arbeitgeber jede Wehrbewilligung für die Angehellen abgelehnt haben, haben die technischen und kaufmännischen Angestellten der Danziger Industrieunternehmungen beschlossen, am Freitag in den Streik zu treten. Der Vertreter des Reichskommissars für den Osten ist von den Angestellten um Vermittlung ersucht worden.

Eisenbahnerstreik in Frankfurt am Main.

In der Festhalle zu Frankfurt am Main fand gestern nachmittags eine Versammlung der Eisenbahner und Angehellen statt, die von rund zehntausend Personen besucht war. In der Versammlung wurde zu der Frage des Eisenbahnerstreiks Stellung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, am Donnerstag früh um sechs Uhr in den Streik zu treten. Sämtliche Betriebe werden um diese Zeit stillgelegt. Der gesamte Zugverkehr sollte nachts um 12 Uhr eingestellt werden. Die Eisenbahnerabteilungen in Gießen, Bieddorf, Fulda, Hebra, Offenbach, Danau und Alsfeld haben mit 8750 gegen 700 Stimmen beschlossen, ebenfalls in den Streik einzutreten.

Zur Lage in Hamburg.

Wie wir erfahren, ist der Einmarsch der Reichswehrtruppen in Hamburg allenthalben ohne Schwierigkeiten vorstatten gegangen. An einzelnen Punkten kam es zu Reibereien, wobei auch von den Schutzmannschaften Gebrauch gemacht werden mußte. Sowie bis jetzt bekannt, ist ein Toter zu beklagen. Mehrere Zivilpersonen wurden verhaftet. Die Nacht hindurch wurden die in verschiedenen Stadtteilen angelegten befestigten Bunker weiter ausgebaut und eine scharfe Kontrolle ausgeübt. Der Freihaufen, der ebenfalls unter strenger Verwahrung steht, ist vollkommen gesichert. Gerüchte, daß es dort brenne, beruhen darauf, daß dort die Scheinwerfer der Torpedoböfote in Tätigkeit sind. Für die nächsten zwei Tage ist eine allgemeine Waffenabgabe angeordnet. — Aus Altona wird gemeldet: Die Reichswehr nahm in der vorletzten Nacht zahlreiche Verhaftungen von Kuten, die sich widerlegten oder nach 10 Uhr auf der Straße blieben, vor. In der Großen und Kleinen Freiheit kam es zu Scherereien. Der Mob wurde aber sehr bald auseinandergetrieben.

Eine größere Bande von Lebensmitteldieben wurde vorletzte Nacht vom Grenzjägerbataillon 12 am Altonaer festgenommen. Die Bande bestand aus 50 Mann und führte eine Kleinmenge Speck, Bohnen usw. mit sich. Die Bande wurden beschlagnahmt, die Speckbuben der Ariminalpolizei übergeben.

Die „Hamburger Nachrichten“ melden: In der Schanzstraße wurde ein Attentat auf einen Truppenkommandeur verübt. Aus einem gegenüberliegenden Hause wurde auf den Regimentskommandeur Schell, der sich in einem Zimmer des Hotels „Adler“ befand, geschossen. Die Toten der letzten Unruhen haben sich nunmehr auf 64 erhöht. Von den verhafteten Wahrentwickler-Freiwiliger-Planung haben sich inzwischen drei weitere eingefunden.

Lebensmittellieferungen in Göttinge.

Gestern vormittag wurden auf dem Hoehmarkt sämtliche Verkaufsstände gesperrt und die Waren teilweise zu erniedrigten Preisen verkauft, teilweise zerstört. Sicherheitswehr und Polizeimannschaften griffen ein, wobei Schüsse fielen. Es gab mehrere Schwerverwundete, bis jetzt sind sechs getötet, und anscheinend auch Tote. Die erregte Menge ging gegen die Sicherheitswehr vor und mißhandelte verschiedene Angehörige derselben. Die Unruhen dauern an.

Bedrohliche Lage in München.

Kaut „Berl. Lokalanzeiger“ wärmt die Gärung in München so, daß mit einem neuen Ausbruch gerechnet werden muß. Vorgestern ist ein Anschlag der Kommunisten auf die Schulfabrik noch verübt worden. Die Einwohnerwehr ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Betriebsverhältnisse.

Wirtschaftliche Gründe haben die Verwaltung der Vereinigten König- und Lachabütte veranlaßt, allen Beamten und Arbeitern ihrer Werkstättenbetriebe zu kündigen.

Zum Abschluß des Friedens.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Deutschland.

Durch die deutsche Friedensdelegation in Verailles ist dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht worden: Herr Präsident! Auf die Note vom 28. Juni, betr. die Aufhebung der Blockade, beziehe ich mich. Ihnen folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, so bald sie von der ordnungsmäßigen und vollständigen Ratifizierung des Friedensvertrages durch das deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifizierung erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschleunigung der gegenwärtigen Angelegenheiten und von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Aufhebung einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Ratifizierung erfolgt, auch mit der Beendigung der deutschen Kriegsverfahren aus ihren Ländern begonnen wird. Gernwichtigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgedehnten Hochachtung! Kaiser, Reichsminister des Auswärtigen.

Die deutschfeindlichen Rundgebungen in Spaan.

Der in Spaan zurückgebliebene Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission Generalmajor Frhr. v. Hammerstein erklärte anlässlich der feindlichen Rundgebungen in Spaan den Alliierten am 1. Juli in einer Proklamation u. a.: Bereits am 23. und 24. Juni hatten vor dem von der deutschen Waffenstillstandskommission bewohnten Hotel in Spaan deutschfeindliche Demonstrationen stattgefunden. Ich hatte daher auf die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes hingewiesen. Bei dem gestern abend erfolgten Abtransport eines Teiles der deutschen Waffenstillstandskommission ist es erneut zu feindlichen deutschfeindlichen Rundgebungen gekommen, trotzdem die Abfahrt den englischen und belgischen Sicherheitsorganen rechtzeitig bekanntgegeben war. Auf die Automobile wurden Steine geworfen; einige derselben trafen die Insassen. Die belgischen und englischen Jübi- und Militärbehörden haben diese Ausschreitungen nicht verhindert. Ich erhebe daher gegen die Vorkommnisse von gestern abend den schärfsten Protest. Ich bitte Herrn General Rubant, zu veranlassen, daß die Verlegung des Restes der Waffenstillstandskommission auf deutsches Gebiet nunmehr beschleunigt erfolgt.

Der Zustand der Frau Dornblüth, die bei ihrer Abreise von Versailles einen Steinwurf an den Hinterkopf erlitten, hat sich nach der „Tägl. Rundschau“ so verschlimmert, daß sie nach der Charte überführt werden mußte, da eine leichte Gehirnerschütterung ist, jetzt bemerkbar macht. Ihre Genesung ist kaum vor acht Wochen zu erwarten.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

„Information“ erzählt aus Paris, die alliierten Regierungen seien übereingekommen, die offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Deutschland unmittelbar nach Ratifizierung des Friedensvertrages durch alle Parlamente wieder aufzunehmen. Deutschland werde alsbald ersucht, an die Spitze der alliierten Regierungen seine Gesandten zu entsenden.

Als einen volkswirtschaftlich besonders wichtigen Schritt muß man die Wiedereröffnung der deutschen Geschäftshäuser in London beschreiben. Aber die die „Daily News“ melden: Die englische Regierung gestattet die Wiedereröffnung der in England befindlichen Filialhäuser deutscher Firmen und genehmigt ausnahmsweise den ungehinderten Brief-, Telegramm- und sonstigen Geschäftsverkehr zwischen den Handelshäusern in Deutschland und ihren englischen Niederlassungen.

Die Opposition des amerikanischen Senats gegen den Friedensvertrag.

Wie die „New York Times“ aus Washington meldet, haben amerikanische Vertrauensleute eine Unterredung mit Wilson, aus der hervorgeht, daß dieser auf vollständige Ratifizierung des Friedensvertrages und des Versailler Vertrages besteht. Wilson sei bereit, einen nationalen Kampf zu führen, um den Senat zur Annahme zu bewegen. Die öffentliche Meinung ist jedoch der Ansicht, daß die Mehrheit des Senates entschlossen ist, Vorbehalte zu machen. Nach Ansicht der Republikaner wird das Schicksal Wilsons die entgegengesetzte Wirkung haben. Mehrere Senatoren, die zugunsten des Friedensvertrages gestimmt hätten, wenn dieser Entwurf vom Vertrag getrennt würde, würden dagegen stimmen, weil er im Vertrag eingeschlossen ist. Wieder andere seien der Überzeugung von Schwärmern an Japan feindlich gesinnt. Senator Lodge glaubt ernsthaft, die Weigerung werde durch die genügende Anzahl von Stimmen vertreten sein. Die Anhänger Wilsons verkünden, daß die durch den Präsidenten angeordnete Entschärfung, es dürfe kein Kompromiß geschlossen werden, den besten Erfolg gesichert habe.

Der „Times“ vom 28. Juni ist von ihrem New Yorker Korrespondenten gemeldet, daß der erste Abzug der Reichsarmee an die Vereinigten Staaten bei der Unterzeichnung des Friedens von den republikanischen Senatoren als Verhöhnung des Senates ausgelegt worden ist, und zur Folge gehabt hat, daß die vor 48 Stunden noch vollständig entzweiten Parteien sich wieder eng aneinander geschlossen hätten. Der Appell des Präsidenten Wilson an Ratifizierung des Vertrages und rasche Durchführung seiner Bedingungen habe genau den gegenteiligen Erfolg gehabt. Er habe nicht nur alle Elemente der Opposition, sondern auch die Wehrzahl der Senatoren mit Einschluß von drei Demokraten, die bisher noch unentschieden waren, welchen Weg sie einschlagen sollten, geeint. Der alte Vorwurf, daß Wilson den Senat ignorieren und ihm vorzuschreiben wolle, was er zu tun hat, ist wiederum aufgelebt. Selbst die gemäßigten republikanischen Senatoren sagen jetzt, daß der Vertrag nicht uneingeschränkt ratifiziert werden kann. Es sind alle Anzeichen für einen scharfen Kampf vorhanden.

Die Gebietszuteilungen in Polen.

Zwischen den vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits wurde als Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängigen Staates unter Anteilung von Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, der Polen diese Gebiete zuweist. Polen verpflichtet sich, allen Bewohnern Polens Schutz von Leben und Freiheit zu gewähren. Alle Bewohner Polens werden das Recht haben, jedes Bekenntnis anzukündigen, das mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten nicht in Widerspruch steht. Polen erkennt als polnische Staatsangehörige die bisherigen deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Polen an unter dem Vorbehalt der Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland und Österreich über die Staatsangehörigen, die nach einem bestimmten Tage auf den in Frage kommenden Gebieten ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Bestimmungen werden unter Garantie des Völkerbundes gestellt. Polen wird den Alliierten Transparenz und Selbstbestimmung gewähren. Es wird den dem Völkerbunde angehörenden Staaten gleiche Rechte und Privilegien gewährt und übernimmt die Verantwortung für die russische öffentliche Schuld und für die anderen finanziellen Verpflichtungen des russischen Staates.

Die Hauptfrage.

Savas-Kewter meldet aus Brüssel, daß der belgische Senatspräsident im Senat eine Rede hielt, in der er sagte: Unzweifellos ist uns der Friedensvertrag nicht das, was wir erwartet hatten. Er bringt uns aber die Hauptfrage, nämlich den Frieden, auf den wir solange gewartet haben.

Die Entente am Rhein.

Die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet des Westens hat das schwere Joch der Fremdherrschaft bisher handhaft ertragen, in der Hoffnung, daß der Friedensschluß ein Ende machen werde. Die Hoffnung scheint sich vorerst kaum erfüllen zu sollen. Der britische Gouverneur in Köln hat zwar eine Anzahl Erleichterungen bekannt gemacht, die am Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Kraft treten sollen. Fernrecht und Telegrammverkehr werden freigegeben. Aber die Senfur bleibt bestehen sowie das System der Veronalsteuer und der

